

BESCHLUSS

des Haupt-, Finanz- und Sozialausschusses

vom Donnerstag, den 20.05.2021 um 19:00 Uhr

10	FA-8/2021	Antrag der LS-Fraktion vom 08.04.2021 hier: Transparenz- und Beteiligungsoffensive
Bemerkungen:		<p>GV Scheib trägt seinen Antrag vor und betont, da es sich um seinen ersten Antrag handelt, dass er offen und danbar für eine Diskussion bzgl. Inhalt und Formalien sei.</p> <p>GV Fischer begrüßt den Antrag der Liste Scheib.</p> <p>GV Iovine ergänzt, dass die Fragerunde bis Ende des Jahres getestet werden soll, in weit diese von den Bürgern/-innen angenommen wird. Zusätzlich erklärt sie, dass die CDU Fraktion eine App als großen Kostenfaktor sehen, welcher momentan noch nicht angemessen erscheint.</p> <p>GV Vollrath erklärt, dass die SPD vor allem den Punkt römisch 1 sehr kritisch sieht, da dieser in Konflikt mit der HGO Kommentierung stehe. Grundproblem hierbei ist, dass diese Fragerunden zur Nichtigkeit von Beschlüssen führen kann. Auch zu Punkt römisch 3 merkt er an, dass man den Antrag dahingehend formulieren sollte, dass die digitale Teilhabe erstmal durch die Verwaltung geprüft werden solle. GV Scheib begrüßt die Anregungen und erklärt, dass er den Änderungsantrag der SPD mit den entsprechenden Verbesserungen annimmt.</p> <p>Auch die FLB und CDU Fraktionen schließen sich dem Änderungsantrag an. Dieser wird mit sieben Ja-Stimmen einstimmig empfohlen. Über den Antrag der Liste Scheib ist nicht mehr abgestimmt worden.</p>

Beschluss:

Beschlussentwurf

I Bürgerversammlung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung wird aufgefordert, zur Steigerung der Transparenz der politischen Arbeit, abweichend von der im § 8a der HGO geforderten jährlichen Bürgerversammlung, eine Bürgerversammlung pro Quartal einzuberufen.

II Einrichtung eines „Kummerkastens“

Die Verwaltung bringt einen **verschießbaren Kasten** an einer gut zugänglichen Stelle an, oder stellt ihn an einer solchen aus. In diesen können Bürger/innen ihre Fragen und Anliegen außerhalb der Sitzungen der Gremien anonym oder unter Nennung ihres Namens einwerfen. Der Kasten ist regelmäßig durch die Verwaltungsmitarbeiter/innen zu leeren. Die Fragen sind an die Fraktionen weiterzuleiten.

Um den Prozess zu vereinfachen, ist ein Formular zu erstellen, das online zum Selbstdruck und im Rathaus griffbereit vorliegt.

III Mittelfristige Maßnahmenplanung

Mittelfristig muss die Gemeindeverwaltung anstreben, die Teilhabe der Bürger/innen an der politischen Arbeit der Gemeinde durch digitale Einrichtungen zu ergänzen und erleichtern

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, zu prüfen, wie die digitale Teilhabe der Bürger*Innen ermöglicht werden kann. Hierzu sollen mögliche digitale Plattformen hinsichtlich ihres Leistungsumfangs und der Kosten evaluiert werden. Wenn möglich soll mit anderen Kommunen ein Erfahrungsaustausch stattfinden. Das Ergebnis der Evaluierung soll in der Septembersitzung des HFuS-Ausschusses vorgestellt werden

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 7 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Ja	Nein	Enthaltung
7		